Niederschrift

über die 13. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2014-2020) am 12.10.2017 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ausschussmitglieder

Arenhövel, Martin
Pries, Matthias
Sökeland, Dieter
Völler, Wolf-Rüdiger
Berheide, Werner -als Vertreter für Am. Westhoff-
Heseker, Ludwig
Holz, Peter
Brinkemper, Ralf
Franke, Michael
Schumacher, Albert

das Mitglied mit beratender Stimme

Philipper, Johannes

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Holtkämper, Guido
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2018

Bürgermeister Uphoff geht auf die Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2018 und die Stellungnahme der Bürgermeisterin und Bürgermeister der Kommunen im Kreis Warendorf ein. Hierbei werden insbesondere die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Stadt Sassenberg erwähnt. Die vorgenannte Stellungnahme werde noch den Fraktionen bzw. Rm. Philipper zugeleitet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.2. Eckpunkte für das GFG 2018 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes

Anhand des Schreibens des Städte- und Gemeindebundes NRW vom 31.08.2017 geht der Bürgermeister auf die wesentlichen Eckpunkte für das GFG 2018 und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen ein. Die wesentlichen Aspekte lt. Schreiben des Städte- und Gemeindebundes NRW bzw. lt. Eckpunktepapier werden auszugsweise vorgelesen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.3. Erhöhung der Investitionsfinanzierung von Krankenhäusern durch das Land NRW bzw. finanzielle Beteiligung der Kommunen

Auf der Grundlage des Schreibens des Städte- und Gemeindebundes NRW vom 14.09.2017 berichtet der Bürgermeister über die Absicht der NRW-Landesregierung, die Investitionsfördermittel für Krankenhäuser aufzustocken. Ferner wird mit Blick auf den Automatismus einer kommunaler Beteiligung die Auswirkung der Erhöhung der Investitionsfördermittel für Krankenhäuser angesprochen. Für die Stadt Sassenberg bedeute dieses, dass voraussichtlich mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 80.000,00 € zu rechnen sei.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.4. Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Warendorf

Bürgermeister Uphoff spricht den Rettungsdienstbedarfsplan für den Kreis Warendorf an, der am 13.10.2017 in der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses des Kreises Warendorf zur Beratung anstehe. Lt. Ziffer 1.4.1 des Rettungsdienstbedarfsplanes werde empfohlen, den bisher bestehenden Nebenstandort Sassenberg der Rettungswache Warendorf in nordwestliche Richtung an die B 475/Drostenstraße zu verlegen. Hierzu würden durch den Träger der Rettungswache Umsetzungsmöglichkeiten geprüft.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Entfällt.

3. Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes

Die Verwaltung gibt anhand der Vorlage vom 05.10.2017 einen Bericht über die Ausführung des Haushaltes zum III. Quartal 2017, und zwar auf der Grundlage der als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Finanzstatusübersicht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Stellenplan 2018

Anhand der Vorlage vom 06.10.2017 geht der Bürgermeister auf den Entwurf des Stellenplanes 2018 ein. Mit Hinweis auf den Bericht und die Erläuterungen vom 05.10.2017 hält der Bürgermeister zunächst fest, dass auch im Jahre 2017 wiederum eine sparsame Bewirtschaftung der im Stellenplan 2017 bereitgestellten Stellen erfolgt sei. So habe sich z. B. die Zahl der am 30.06.2017 nicht besetzten

Stellen auf 6,56 belaufen. Der vorliegende Entwurf des Stellenplanes 2018 weise gegenüber dem Jahr 2017 bei der Gesamtzahl der Stellen für Beamte und tariflich Beschäftigte einen um 3,29 erhöhten Stellenbedarf auf. Dieser erhöhte Stellenbedarf bestehe im Bereich der tariflich Beschäftigten, die Gesamtzahl der Stellen für Beamte verändere sich nicht und bleibe bei 12,91 Stellen. Die Zahl der im Bereich der tariflich Beschäftigten benötigten Stellen erhöhe sich von 114,64 auf 117,93. Diese Steigerung trete im Wesentlichen durch die Ausweisung von drei zusätzlichen Stellen ein, und zwar für den Produktbereich „Planung und Entwicklung“ sowie die Ausweisung von zwei Stellen der Entgeltgruppe 6 für den städtischen Bauhof. Nachdem der Bürgermeister weiter auf den Bedarf im Bereich Nachwuchskräfte eingeht, nehmen einzelne Ausschussmitglieder zum Entwurf des Stellenplanes 2018 Stellung.

Für Am. Philipper stellt sich die zusätzliche Ausweisung von Stellen als maßvolle Erhöhung dar. Die Ausweisung der Stellen für den städtischen Bauhof und das Amt 60 erhalte von ihm die volle Unterstützung. Am. Arenhövel spricht das Berufsbild der zwei vorgesehenen Stellen im städtischen Bauhof an. Hierzu hält der Bürgermeister fest, dass vor einer Ausschreibung das entsprechende Berufsbild eventuell mit den Fraktionen abgestimmt werden könnte. Am. Berheide gibt die Anregung, eventuell bei der Besetzung der Stellen im Bauhof vorrangig Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zu berücksichtigen. Am. Holz gibt zu bedenken, ob bei einer Vergütung der Stelle im Amt 60 nach Entgeltgruppe 10 ein Bewerber zu finden sei.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Der Stellenplan 2018 wird gemäß der Anlage 2 zu dieser Niederschrift beschlossen. Der Bericht und die Erläuterungen zum Stellenplan 2018 vom 05.10.2017 werden zur Kenntnis genommen.“

5. **Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW**
- Adressweitergabe an die Bundeswehr, Widerspruch erleichtern –
- Anregung des MdB Dr. Alexander Soranto Neu (Die Linke) vom 18.07.2017

Anhand der Vorlage vom 09.10.2017 geht die Verwaltung auf die Anregung gem. § 24 GO NRW des Herrn MdB Dr. Alexander Soranto Neu vom 18.07.2017 ein. Mit diesem Schreiben rege der Antragsteller an, dass der Rat Folgendes beschließen sollte:

„Jugendliche, bei denen die Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr bevorsteht, werden ebenso wie deren Eltern angeschrieben und über die beabsichtigte Datenweitergabe informiert. Dem Schreiben wird ein Musterwiderspruch beigefügt.“

Weiter geht die Verwaltung auf die Begründung der Anregung ein. Zusammenfassend wird festgehalten, dass die Anregung als unzulässig zurückgewiesen werden sollte.

Weiter äußert sich Am. Schumacher dahingehend, dass es sich hier nicht um ein schützenswertes Anliegen handle. Dem Anliegen dürfe insofern nicht zugestimmt werden.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Anregung des MdB Dr. Alexander Soranto Neu vom 18.07.2017 wird als unzulässig zurückgewiesen.“

6. Jubiläum 900 Jahre Sassenberg 1121 bis 2021

Bürgermeister Uphoff spricht die von unterschiedlichen Kreisen vorgebrachte Anregung an, im Jahre 2021 das 900-jährige Bestehen Sassenbergs zu feiern, und verliest hierzu die Vorlage vom 09.10.2017 im Wortlaut. In der Vorlage wird im Wesentlichen die Stellungnahme des Leiters des Kreisarchivs Warendorf, Herr Dr. Knut Langewand, vom 20.09.2017 wiedergegeben. Herr Dr. Langewand hält fest, dass sich eine Gründung der Burg Sassenberg durch den sächsischen Herzog und späteren Kaiser Lothar von Supplinburg um 1121 nicht belegen lasse. Die Errichtung einer Burg im heutigen Sassenberg im frühen 12. Jahrhundert sei durchaus nicht unwahrscheinlich, allerdings erscheine das Datum 1121 dennoch als nicht sonderlich geeignet für die Feier eines Ortsjubiläums. Herr Dr. Langewand empfiehlt, auf die gesicherte Ersterwähnung von 1305 auszuweichen oder wie bisher die Verleihung der Stadtrechte 1803 als Grundlage auch für zukünftige Ortsjubiläen zu nehmen.

Weiter führt der Bürgermeister aus, dass in den Jahren 1978 und 2003 die Jubiläen 300 und 325 Jahre St. Johannes Evangelist und 175 und 200 Jahre Stadtrechte gefeiert worden seien. Die Anregung, im Jahre 1996 eine 875 Jahrfeier zu veranstalten, sei seinerzeit nicht umgesetzt worden. Aus Sicht der Verwaltung erscheine es nicht sinnvoll, mehrere Daten zur Grundlage von Orts- oder Stadtjubiläen festzulegen. Die bisherige Vorgehensweise sei auch unter Berücksichtigung des mit der Ausrichtung eines Jubiläums verbundenen Aufwandes durchaus sachgerecht. Daher sollte es bei der Regelung bleiben, dass das Jahr der Verleihung der Stadtrechte 1803 als Grundlage aller zukünftigen Ortsjubiläen genommen werde, zumal dieses Datum jeweils auch mit einem runden Jubiläum der Pfarrkirche St. Johannes Evangelist korrespondiere.

Zu der Angelegenheit äußern sich sodann verschiedene Ausschussmitglieder, wobei Bürgermeister Uphoff hierzu Erläuterungen gibt. Am. Holz schlägt vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen. Am. Arenhövel greift die in der Stellungnahme des Leiters des Kreisarchivs Warendorf festgehaltenen Ausführungen zu den Aussagen von Herrn Prof. Dr. Paul Leidinger auf. Ferner werden von ihm gesicherte Erkenntnisse zur Gründung der Burg Sassenberg im Jahre 1121 angesprochen. Hierzu sollte u. a. Herr Rolf Hartmann befragt werden. Rm. Sökeland stimmt zunächst Am. Arenhövel zu und schlägt vor, hierzu eventuell auch Herrn Hans Christoph Fennenkötter zu befragen. Am. Schumacher unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der Verwaltung. Ungeachtet dessen könnten Herr Hartmann und Herr Fennenkötter hinsichtlich ihrer Einschätzung befragt werden. Diesem Vorschlag schließt sich grundsätzlich Rm. Franke an.

Nachdem weiter Am. Völler den Aspekt bezüglich belegter Quellen anspricht, ist der Ausschuss allgemein der Auffassung, dass Herr Rolf Hartmann bzw. Herr Prof. Dr. Paul Leidinger und Herr Hans Christoph Fennenkötter hinsichtlich ihrer Einschätzungen zur Gründung der Burg Sassenberg befragt werden sollten und die Verwaltung gelegentlich über die Angelegenheit weiter berichten sollte.

7. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

8. **Beantwortung von Anfragen von Zuhörern**

Anfragen liegen nicht vor.